

Zweifel und Kritik der Deutschen an Reform

Die Mehrheit der Deutschen (82%) lehnt die geplanten Einschnitte aus der Gesundheitsreform ab. Das geht aus einer Umfrage des Emnid-Instituts hervor. Nur 17 Prozent der Befragten befürworten demnach den zwischen SPD und CDU/CSU ausgehandel-

ten Kompromiss, der unter anderem eine Zusatzversicherung für Zahnersatz vorsieht. Erwartete Mehrbelastungen werden deutlich mehr von Frauen (86%) als von Männern (77%) kritisiert. Dass es der Bundesregierung gelingen wird, den Beitragssatz der gesetzlichen Krankenkassen deutlich zu verringern, zweifeln 81 Prozent der Deutschen an.

Bayerns Zahnärzte planen GKV-Austritt

Mit dem Ausstieg aus dem gesetzlichen Kassensystem haben auf Grund der umstrittenen Gesundheitsreform die bayerischen Zahnärzte gedroht. „Wir lehnen das Dickicht aus Kontrollen, Einschränkungen und Sparmaßnahmen, das in dem Geset-

zesentwurf vorgesehen ist, strikt ab“, sagte der Vorsitzende der bayerischen KZV, Dr. Rolf-Jürgen Löffler vor wenigen Tagen gegenüber der „Augsburger Allgemeinen“. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayern will ihre 8.000 Vertragszahnärzte „auffordern, aus dem System der gesetzlichen Krankenversicherung auszusteigen“, sobald der Gesetzesentwurf der Bundes-

regierung in vorliegender Form in Kraft tritt. Der Entwurf enthalte nach Ansicht der KZV Bayern keinerlei Ansätze zur Entbürokratisierung oder Kostenersparnis, sondern würde die Selbstverwaltungen durch überflüssige Verwaltungsaufgaben nur noch stärker belasten. Eine sinnvolle Zahnmedizin sei unter diesen Umständen innerhalb der GKV nicht mehr zu gewährleisten.

Zahnärzte lehnen Praxisgebühr ab

Die Bundeszahnärztekammer fordert, die Praxisgebühr für Zahnärzte aus dem Gesundheitskompromiss herauszunehmen. Diese sei eine unnötige Hemmschwelle und schrecke Patienten von präventiven Un-

tersuchungen ab. Das erklärte jüngst der Vizepräsident der BZÄK, Dietmar Oesterreich, in Berlin. Mit einer guten Prävention könne man die Kosten für Zahnbehandlungen erheblich senken. Besonders bei Patienten ab 50, die oft vermeidbare Zahnkrankheiten hätten, gebe es ein „enormes Sparpotenzial“.

Zahnärzteschaft warnt vor schlechterer Versorgung

„Der von der Konsensrunde ausgehandelte Kompromiss ist der Ausdruck schierer Mutlosigkeit, zeugt von erschreckender Verantwortungslosigkeit und mangelndem Respekt gegenüber den Bürgern und Patienten“, erklärte der Bundesvorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, Dr. Wilfried Beckmann, jüngst in Berlin.

Dr. Jürgen Fedderwitz, amtierender Vorstandsvorsitzender der Kassenzahnärztlichen Vereinigung, äußerte sich kritisch zu den Ergebnissen: „Der Patient ist der Verlierer. So, wie die Regelung für die Versicherung des Zahnersatzes jetzt aussieht, wird es keinen Wettbewerb zwischen privaten und gesetzlichen Krankenkassen geben, und auch keinen Wettbewerb innerhalb der gesetzlichen. Fehlender Wettbewerb bedeutet ein Festhalten an den bekannten, starren Strukturen.“ Nach Auffassung der Zahnärzte sei erneut die Chance auf klare Strukturen und Transparenz in der Absicherung zahnmedizinischer Risiken vertan worden.

Angst vor Mehrkosten durch die Reform

Miteiner Patientenwelle auf Grund der Gesundheitsreform haben derzeit deutschlandweit die Zahnärzte zu kämpfen. Die Patienten möchten auf Grund befürchteter Mehrkosten durch die Zahnersatz-Zusatzversicherung vorab Brücken oder Kronen bekommen. Die Anträge für Zahnersatz stapeln sich bei den Krankenkassen. Die Zahlen sprechen für sich: beispielsweise hat die BKK-Berlin doppelt so viele Anträge auf Zahnersatz erhalten wie im entsprechenden Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Neuer Zahnersatz-Skandal

Wegen Abrechnungsbetrug von billigem Zahnersatz aus dem Ausland ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft gegen ein Ratinger Dentallabor. Das Unternehmen soll ähnlich gearbeitet haben wie Globudent und billige Brücken aus China und der Türkei überbeuert mit den gesetzlichen Krankenkassen und Patienten abgerechnet haben. „Wie viele Ärzte mit dem betroffenen Ratinger Unternehmen zusammengearbeitet haben, wissen wir noch nicht“, erklärte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Düsseldorf, Johannes Mocken. Die Staatsanwaltschaft vermutet, dass die Abrechnungsskandale kein Einzelfall seien und es noch zahlreiche Unternehmen gibt, die ähnlich gehandelt hätten wie Globudent.

Mehr Kontrolle und Wettbewerb für Ärzte

Ärzte müssen zukünftig mit mehr Kontrolle und Wettbewerb rechnen. Nach dem abschließenden Reformkompromiss soll der Vertragswettbewerb unter ambulanten Ärzten stärker angeheizt werden. Krankenkassen sollen die Möglichkeit bekommen, in der hausärztlichen Versorgung Direktverträge mit einzelnen Ärzten zu schließen. Daneben bekommen sie mehr Befugnisse

bei der Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfung und das Gesamthonorar soll um die Summe der Regresse gesenkt werden. Auch drohen den Ärzten Honorarkürzungen, die sich nicht fortbilden. So wird denjenigen, die fünf Jahre an keiner Fortbildung teilnehmen, erst die Vergütung gekürzt und dann sogar die Zulassung entzogen. So steht im Hinblick auf den aktuellen Gesetzesentwurf zur Gesundheitsreform eines fest, die Krankenkassen bekommen mehr Macht und die Vertragsärzte Konkurrenz.